AZ 8021 Zürich | Der Zürcher Zeitung 210. Jahrgang | Dienstag, 2. Mai 1989 Nr. 100

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telex 817 099
Auslandvertrieb: Postfach 660, CH-8021 Zürich, Telex 816 570
Annoncenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telex 817 053
Inlandabonnemente: Tel. (01) 258 15 30
Abonnementspreise auf Seite 4

Schweiz Fr. 1.20

bFr.	55.–	Lit.	2000.–	sKr.	11.–
dKr.	11.–	lFr.	38.–	Pts.	200.–
DM	2.20	hfl.	3.–	Kan. Inseln	
fFr.	9.50	nKr.	11.–	Pts.	225.–
Dr.	200.–	öS	20.–		
£	0.80	Esc.	210.–		

1123

Kundgebung der «Solidarität» in Warschau

Wahlwerbung für den 4. Juni

Warschau, 1. Mai. (dpa) In Warschau sind am Montag Tausende von Menschen zu der ersten offiziell genehmigten Kundgebung der erst kürzlich wieder legalisierten Gewerkschaft «Solidarität» gekommen. Schon vor dem eigentlichen Aufmarsch sammelte sich eine Menschenmenge mit Spruchbändern und Plakaten zu einem Gottesdienst bei der *Stanislaw-Kostka-Kirche* am Grab des von Geheimdienstbeamten ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko.

Bei der Versammlung wurden Unterschriften für die Kandidaten der «Solidarität» für das Parlament und den Senat gesammelt. Spruchbänder riefen die Bevölkerung auf, diesmal *zu den Wahlen zu gehen*. «Wenn du aus Faulheit nicht zu den Wahlen gehst, gibst du den Kommunisten eine Chance», hiess eine der Losungen. Zum Gottesdienst war auch eine aus etwa 200 Menschen bestehende geschlossene Gruppe von Mitgliedern *radikaler Organisationen* wie «Revolutionäre Sozialistische Partei» oder «Kämpfende Solidarität» gekommen, die in Sprechchören zum Boykott der Wahlen aufriefen.

Warnung Jaruzelskis vor überhöhten Ansprüchen

Bei den offiziellen Maifeiern am Grabmal des Unbekannten Soldaten rief Staats- und Parteichef Jaruzelski die Bevölkerung zu *Besonnenheit* und Verantwortungsgefühl bei den Wahlen auf. Man müsse die Menschen ernst nehmen und könne ihnen daher keine goldenen Berge versprechen. Zum erstenmal gab es in Warschau *keinen offiziellen Maiumzug*. Statt dessen hatten Partei und Regierung zu einer Kundgebung auf dem Siegesplatz vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten aufgerufen. Auch bei der offiziellen Maifeier sammelten Kandidaten Unterschriften, darunter der bisherige Regierungssprecher Jerzy Urban.

Tagesinformation

Wahlen in Paraguay

Zum erstenmal seit Jahrzehnten sind in Paraguay Wahlen durchgeführt worden, die ihren Namen verdienen. Trotzdem hat wegen der kurzen Vorbereitungszeit seit dem Putsch gegen General Stroessner die Opposition keine Siegeschance. Seite 2

Politisches Erdbeben im Kanton Solothurn

Bei den Solothurner Kantonsratswahlen haben die Freisinnigen mit elf Mandatsverlusten einen geradezu dramatischen Einbruch erlebt; grosse Gewinner waren die Grünen und die Autopartei. Seite 17

Frauenstimmrecht in Ausserrhoden

An der Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden haben die Männer in Hundwil – allerdings äusserst knapp – den Frauen auch in kantonalen Angelegenheiten das Stimm- und Wahlrecht zuerkannt. Seite 17

Vandalenakte im Kanton Zürich

Sachschäden von über 130 000 Franken sind in der Nacht auf den Sonntag in neun Zürcher Gemeinden bei Vandalenakten an rund 60 parkierten Personenautos verübt worden. Seite 21

Eine amerikanische Liste ausländischer Handelshürden

Das Büro des amerikanischen Handelsrepräsentanten hat eine Liste der ausländischen Handelsbarrieren veröffentlicht. Gleichzeitig wurden Japan Sanktionen wegen der angeblichen Abschottung des Telekommunikationsmarktes angedroht. Seite 33

Die Sowjetunion Eishockey-Weltmeister

Zwei Jahre nach dem Titelverlust in Wien zugunsten Schwedens ist das sowjetische Nationalteam wieder Eishockey-Weltmeister geworden. In Stockholm unterlag Kanada im entscheidenden Match 3:5. Seite 49

Inhaltsübersicht Umfang 86 Seiten

Ausland	1–5	Radio und TV	31/32
Wetter und		Wirtschaft	33–40
Vermischtes	7, 9	Börsen	43–47
Inland	17–20	Sport	49–58
Stadt und		Beilagen	
Kanton Zürich	21–25	Automobil	65–66
Feuilleton	27, 29	Hinweise	
Roman	30	auf Bücher	77

In Abweichung von der üblichen Reihenfolge erscheint «Stadt und Kanton Zürich» im zweiten Bund unmittelbar nach «Inland»; «Sport» nimmt den ganzen vierten Bund ein.

Anzeigen-Überblick Seite 2

Britisch-deutsche Raketen-Konfrontation

Schroffe Gegensätze zwischen Kohl und Frau Thatcher

Beim Treffen Bundeskanzler Kohls mit Premierministerin Thatcher in Deidesheim in der Pfalz ist der deutsch-britische Gegensatz in der Frage der Modernisierung nuklearer Kurzstreckensysteme der Nato mit unverminderter Schärfe hervorgetreten. Ohne jede Annäherung in der Substanz stimmten beide Seiten nur im Wunsch nach einer gemeinsamen Lösung am Nato-Gipfel von Ende Mai überein. Die Premierministerin deutete indirekt die Gefahr eines amerikanischen Truppenabzugs oder zumindest einer Abkehr von der Vorneverteidigung der Bundesrepublik an.

Ch. M. Bonn, 1. Mai

Die Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und Premierministerin Thatcher am Sonntag im pfälzischen Winzerort Deidesheim, die mit einem gemeinsamen Rundgang durch den Kaiserdom von Speyer zu Ende ging, hat in keiner Weise zu einer Überbrückung der Gegensätze in der Frage der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme der Nato geführt. Die deutsch-britische Konfrontation insbesondere über das von Bonn erhobene Ansinnen baldiger SNF-Verhandlungen noch vor einem Modernisierungsentscheid trat vielmehr bei der Pressekonferenz der beiden Regierungschefs in seltener *Schärfe* zutage. Margaret Thatcher, die demonstrativ nur dem Bürgermeister von Deidesheim ihren Dank für den Empfang abstattete, verhehlte in ihrer leidenschaftlichen Verteidigung der Nato-Doktrin der «flexible response» und der dazu unerlässlichen nuklearen Kurzstreckenraketen kaum ihre *Irritation* über das Taktieren des Kanzlers; zeitweise widersprach sie ihm geradezu schroff.

Britisches Plädoyer für die Strategie der «flexible response»

Obwohl beide Gesprächspartner im Wunsch übereinstimmten, es möge am Nato-Gipfel Ende Mai in Brüssel doch noch zu einer *einvernehmlichen Lösung* des Streits im Bündnis kommen, musste selbst Bundeskanzler Kohl das Fortbestehen von Gegensätzen in der Raketenfrage nach dem «offenen und freimütigen Gespräch» mit der britischen Premierministerin einräumen, mit der er sich auch noch über Namibia, den EG-Gipfel in Madrid von Ende Juni, den Weltwirtschaftsgipfel in Paris von Mitte Juli und über Polen unterhalten hatte. In wohlklingenden Formulierungen bekannte sich der Bonner Regierungschef zur Notwendigkeit einer starken Allianz und auch zum Festhalten an deren Strategie der «flexible response»; dem fügte er seine schon oftmals zuvor vorgebrachte Feststellung hinzu, dass «Freiheit nicht zum Nulltarif» zu haben sei, die Bundesrepublik vielmehr nach wie vor bedeutsame Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen entschlossen bleibe.

Demgegenüber bezeichnete Margaret Thatcher *nukleare Kurzstreckensysteme* als *«absolut unerlässlich»* für die Strategie der «flexible response», welche nach wie vor die für alle Bündnispartner verbindliche Verteidigungsdoktrin der Nato sei und nicht durch einzelne Mitgliedstaaten abgeändert werden könne. Die Premierministerin wurde nicht müde, unzählige Male zu betonen, dass für die Nato-Verteidigung weiterhin militärische Stärke und politische Entschlossenheit unabdingbar blieben. In aller Öffentlichkeit versuchte sie an der Pressekonferenz, den deutschen Bundeskanzler *gegen eine dritte Nullösung* festzulegen. Sie habe jedenfalls den Eindruck gehabt, dass er ihre Ablehnung einer Perspektive teile, unter der die Sowjetunion ihr Ziel einer völligen Beseitigung amerikanischer Nuklearwaffen aus Europa erreichen würde und die verhängnisvoll für die westliche Allianz wäre. Mit dem Hinweis, der Kanzler solle sie korrigieren, falls dies nicht zutreffe, warf die Premierministerin vor aller Augen ihren rhetorischen Köder aus.

Ausweichtaktik des Kanzlers

Im Unterschied zum deutsch-britischen Gipfel von *Frankfurt* vor wenigen Wochen sprach Kohl, obgleich er sich auf seine oftmals dazu geäusserte Meinung berief, nun *nicht mehr klipp und klar* ein Nein gegen eine dritte Nullösung aus, sondern *zitierte* ausschliesslich einschlägige, aber eben zweideutige Passagen, insbesondere den ersten Punkt aus dem Raketenkompromiss der Bonner Koalition vom 20. April. Dieses Vorgehen deutete den überaus engen Spielraum des Kanzlers an, der das mit den Vorbehalten «soweit voraussehbar» und «unter gegebenen Umständen» verknüpfte Bekenntnis zur gültigen Nato-Strategie als «völlig klare Aussage» hinstellte und zum abschreckenden Vergleich auf die Forderung der SPD nach einer dritten Nullösung verwies. Dieses Ausweichen Kohls quittierte Margaret Thatcher mit einer ungewohnt brüsken Reaktion. In der Nato und nicht hier, gemeint bei einem bilateralen Treffen, sei der Ort zur Diskussion von Details, die einige Leute, das heisst die Deutschen, bereits ausbreiteten, meinte die sichtlich aufs höchste verärgerte Iron Lady.

Nach weiteren, die Chancen eines noch immer wünschenswerten und erreichbaren Erfolgs des Nato-Gipfels beschwörenden Ausführungen des Kanzlers hielt die seit zehn Jahren amtierende Herrin von 10 Downing Street, die mehr denn je als Jeanne d'Arc der Nato auftrat, mit einer scharfen Sicherheitslektion an die in ihren Augen offenkundig unzuverlässig gewordenen Deutschen nicht mehr zurück. Die weiterhin gültige Strategie der «flexible response» sei etwas, das *nicht mit blossen Lippenbekenntnissen* erfüllt werden könne, sondern wozu man stets das Nötige bereitzustellen habe. In den letzten fünf Jahren hätten die *Sowjets* 95 Prozent ihrer nuklearen Kurzstreckensysteme *modernisiert*, während die *Lance-Raketen* aus dem Jahre *1972* stammten. Sollte es in Zukunft auf seiten des Westens keine nuklearen Kurzstreckensysteme mehr geben, dann würde daraus eine veränderte Verteidigungsdoktrin resultieren. Diese käme eher einer Doktrin des «Stolperdrahts» (trip-wire) gleich. Die Premierministerin beeilte sich hinzuzufügen, dass eine solche Doktrin für sie, aber wohl auch für die öffentliche Meinung im Westen, inakzeptabel wäre.

Wink mit dem «Stolperdraht»

Der Hinweis auf die «Stolperdraht»-Strategie enthielt unausgesprochen die Erinnerung an die zu Anfang der fünfziger Jahre gültige Doktrin der *«massiven Vergeltung»* mit Nuklearwaffen ohne starke alliierte Truppenpräsenz in der Bundesrepublik und dementsprechend ohne Vorneverteidigung. Damit sollte offenkundig auch zugleich die britische Befürchtung vor einem Abzug der amerikanischen Streitkräfte angedeutet werden. Das Ausmass des britisch-deutschen Zerwürfnisses im SNF-Streit hätte kaum handfester signalisiert werden können, auch wenn die Premierministerin öffentlich gar nicht mehr zu einer Verschiebung der Modernisierungsentscheidung auf 1992 und zur deutschen Forderung nach einem «baldigen» SNF-Verhandlungsmandat Stellung nahm. Der Kanzler beschwor demgegenüber, unter Hinweis auf die Raketennachrüstung von 1983, seine Bündnistreue, verwahrte sich gegen den Vorwurf deutscher Unzuverlässigkeit in der Allianz und appellierte an das Verständnis der Alliierten für die wegen Deutschlands Teilung *«ganz besondere Situation»* der Bundesrepublik. Schliesslich hatte er nur noch den «Wunsch und die Bitte», dass am Nato-Gipfel ein «vernünftiges gemeinsames Dokument» dieser «speziellen Situation» Rechnung trage. Das liess die Möglichkeit deutscher Kompromissbereitschaft bezüglich einer weitgefassten zeitlichen Interpretation «baldiger» Verhandlungen erkennen, nachdem die De-facto-Aufschiebung des Modernisierungsbeschlusses bis 1992 von Washington und einer Mehrheit der Nato-Staaten praktisch bereits zugestanden worden ist.

Feuerpause im sudanesischen Bürgerkrieg

Ausrufung durch den Rebellenführer

Khartum, 1. Mai. (dpa) Im über sechsjährigen Bürgerkrieg im Südsudan hat der Führer der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA), *Oberst John Garang*, am Montag einseitig eine sofortige, vierwöchige Feuerpause ausgerufen. In einer über den Radiosender der Rebellen verlesenen Erklärung Garangs wurden alle SPLA-Kämpfer aufgefordert, ihre Unterkünfte nicht zu verlassen. In der Erklärung hiess es, die einseitige Waffenruhe sei gedacht als *Geste des guten Willens* gegenüber der Regierung. Es sei nun an dieser, ihrerseits zu handeln. Bisher seien von der Regierung nur wortreiche Absichtserklärungen, aber keine Taten gekommen, stellte Garang fest.

Moskauer Maifeier in gewohntem Rahmen

Perestroika-Werbung auf dem Roten Platz

Die traditionelle Moskauer Maifeier ist auch dieses Jahr im Zeichen von Perestroika und Glasnost organisiert worden. Geworben wurde betont auch für die landwirtschaftliche Pacht. Zum Kurzbesuch des polnischen Parteichefs Jaruzelski vom Freitag hiess es in einem Bericht von Tass, in dessen Gesprächen mit Gorbatschew seien auch die sogenannten weissen Flecken im Verhältnis zwischen Polen und der Sowjetunion erörtert worden.

gl. Moskau, 1. Mai

Der Umzug von Tausenden von Moskauern auf dem Roten Platz ist auch in diesem Jahr zu einer Demonstration für Perestroika und Glasnost gestaltet worden. Das etwas dunstige Wetter sorgte dafür, dass die Hitze trotz fast *sommerlichen Verhältnissen* nicht zu drückend wurde. Die Papierblumen, die zahllosen Luftballons und die gute Laune ausstrahlenden Gesichter der meisten Teilnehmer verliehen der Veranstaltung etwas von einem unbeschwerten *Volksfest*. Anderseits vermochten, wie in anderen Jahren auch, die vom Mann am Mikrophon ausgestossenen Hurrarufe kaum zündende Wirkung auszulösen.

Für die landwirtschaftliche Pacht

An der Balustrade des makabren Monuments unter der Kreml-Mauer, des Lenin-Mausoleums, hatte wie üblich die Führungsriege des Kreml Aufstellung genommen. Bei der Fernsehübertragung wurde vor allem die mittlere Figur in der Reihe, *Gorbatschew*, gezeigt. Recht häufig war auch der links neben dem Kreml-Chef stehende Ministerpräsident *Ryschkow* zu sehen. Neues Thema auf den im Umzug mitgetragenen Transparenten war, neben dem Lob für Perestroika und Glasnost in zahlreichen Varianten, das in dem bereits vor Wochen veröffentlichten Lösungskatalog enthaltene Werben für die *landwirtschaftliche Pacht*. Ebenfalls im Rahmen der Werbeaktion um die Maifeier wurden auf riesigen Tafeln an Strassenrändern die Passanten mit der Frage konfrontiert: «Was hast du für die Perestroika getan?» Auf ebenso grossen Tafeln wurden unter Zuhilfenahme grobschlächtiger *Agitationskarrikaturen* Bürokratismus, Konservatismus und Dogmatismus verdammt.

Die Feier zum Tag der Arbeit mag möglicherweise einige der eher *schwierigen Aspekte* der Tagesaktualität vorübergehend in den Hintergrund drängen. Da der 2. Mai als Anschlussfeiertag auch arbeitsfrei ist, kommen die meisten Sowjetbürger in diesem Jahr in den Genuss eines auf vier Tage verlängerten Wochenendes. Wenn auch dies keinen Einfluss auf die prekäre Güterversorgung hat, so mag es doch über die Beschwernisse des Alltags etwas hinwegtrösten. Auch an die Tragödie in *Tiflis* wurden die Sowjetbürger an diesem verlängerten Wochenende erinnert – wenn auch im wesentlichen nur in Form einer Negativmeldung. Die georgische Führung hat die Maifeiern in ihrer Hauptstadt *abgesagt*. Eine – in Aussicht gestellte – Aufklärung der Umstände der Ereignisse vom 9. April ist bisher ausgeblieben. Fest steht, dass die Ordnungskräfte mit äusserster Brutalität gegen eine Menge vorgegangen sind, von der keinerlei Gewalt oder Gewaltandrohung ausgegangen war. Das einzige, was man den Demonstranten nach geltendem Recht möglicherweise vorwerfen kann, ist die Tatsache, dass sie nicht im Besitz einer gültigen Erlaubnis für ihre Kundgebung waren.

Manko an Glasnost

Um das georgische Drama hat sich inzwischen ein Gewebe von Theorien über *komplottartige Machenschaften* gelegt. Dasselbe gilt für die beiden *Bomben*, die vor einigen Tagen in Moskauer U-Bahn-Stationen gefunden wurden – oder von denen gemeldet wurde, sie seien gefunden worden –, wobei Tass mit dem Hinweis

Politisches Erdbeben im Kanton Solothurn

Verlust von elf Kantonsratsmandaten für die FDP – Grüne mit neun, Autopartei mit sieben Sitzgewinnen

Die beiden gegenläufigen Flügelparteien, die Autopartei und die Grünen, haben auch die Solothurner Kantonsratswahlen auf Kosten der bürgerlichen Regierungsparteien gewonnen. Die FDP erlitt mit dem Verlust von 11 ihrer bisher 64 Mandate einen für solothurnische Verhältnisse dramatischen Einbruch, und auch die CVP musste 2 ihrer 44 Sitze abgeben. Die SP konnte einen Mandatgewinn verbuchen und stellt neu 33 Kantonsräte.

kfr. Solothurn, 1. Mai

Fünf Parteien gab es im Solothurner Kantonsrat schon zweimal; 1945, als zu den Freisinnigen (FDP), den Christlichdemokraten (CVP, damals Katholisch-konservative Volkspartei) und den Sozialdemokraten der Landesring der Unabhängigen (LdU) mit elf Sitzen und – das erste und einzige Mal – die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit einem Sitz dazukamen; 1973, als LdU und Progressive je ein Mandat gewannen. Aber *fünf Parteien mit mindestens Fraktionsstärke* sind für den politisch weitgehend stabilen Kanton mit seinen bisher starken Parteibindungen ein Novum, sie verleihen dem Wahlgang vom Wochenende eine historische Dimension. Solothurn konnte sich zum einen dem überkantonalen Trend nicht entziehen, und die Protest- und Wechselwähler öffneten zusammen mit dem wachsenden Desinteresse der Stammwählerschaft einer – in diesem Ausmass für alle Beobachter unerwarteten – Polarisierung Tür und Tor. Die *Stimmbeteiligung* sank von 59,5 auf 55,5%.

Einbruch der FDP auf der ganzen Linie

Die *FDP* erwies sich dabei als die von allen am wenigsten resistente Partei; sie ist mit noch 30 556 Wählern (1985: 35 584) und einem Anteil von 36,8 (42,7)% auf einen *seit der Einführung der Proporzwahl nie erreichten Tiefpunkt gesunken*. Nur 1945 erlebte sie mit 39% und 55 (von damals 130) Sitzen einen Rückschlag von ähnlichem Ausmass. Sie büsste in sieben der zehn Bezirke Mandate ein, darunter in drei Wahlkreisen, in denen die traditionellen Parteien unter sich waren (Thal, Gösgen und Thierstein), und sie musste vor allem dort Haare lassen, wo die Autopartei (AP) und die Grünen kräftig zulegten (drei Mandatverluste in Lebern, je zwei in Solothurn und Olten, ein Verlust im Wasseramt).

Die *CVP* verfügt ungebrochen über die vergleichsweise treueste Anhängerschaft. Sie mobilisierte 22 878 (24 658) Wähler, was einem Anteil von 27,6 (29,1)% entspricht, und sie zeigte sich bei zwei Mandatverlusten (Wasseramt und Gösgen) *insgesamt widerstandskräftig*, nachdem sie bei früheren Erneuerungswahlen ihre Mandatzahl bis auf 45 hatte steigern können. Mit 18 373 (19 768) Wählern und 22,2 (23,4)% hielt auch die *SP* ihre Einbusse in Grenzen; sie machte Verluste in den Bezirken Lebern und Wasseramt durch Gewinne in den Bezirken Thal und Thierstein (beide Male auf Kosten der FDP) sowie Gösgen mehr als wett. Immerhin ist nicht zu übersehen, dass sich mit der Wegwahl des kantonalen Gewerkschaftssekretärs und der *Neuwahl prononcierter Linkspolitiker* ein Konfliktpotential aufbaut; zudem ist die Partei weit von ihrem bisherigen Höchststand (44 Mandate) entfernt.

Wähleranteile und Mandate

	1985		1989	
	%	Sitze	%	Sitze
FDP	42,7	64	36,8	53
CVP	29,1	44	27,6	42
SP	23,4	32	22,2	33
Grüne	3,2	4	5,5	9
Autopartei	—	—	5,0	7
LdU	0,8	—	1,8	—
NA	0,5	—	0,6	—
Andere	0,3	—	0,5	—

Vorfahrt der Autopartei in problembeladenen Regionen

Die AP sicherte sich auf Anhieb das Vertrauen von 4156 Wählern. Ihr Anteil beträgt gesamtkantonal 5,0%. In den vom Verkehr stark bedrängten Bezirken Solothurn (8,4%), Lebern (11,0%) und Wasseramt (7,8%) – hier führt die *N 5* durch, die mit der «Kleeblatt»-Initiative in Frage gestellt wird – ist er bedeutend höher, und das führte (mit Ausnahme von Solothurn) zu Mandatgewinnen (drei Lebern, zwei Wasseramt). *In Solothurn wie in Olten* ist es eine von grün-roter Seite bekämpfte *Stadtumfahrung*, welche die Meinungen polarisiert. Mit dem unterdurchschnittlichen Wähleranteil von 4,3% holte sich die AP auch im Wahlkreis Olten (29 Sitze) zwei Mandate, die allerdings – was wahlrechtlich möglich ist – von Vertretern errungen wurden, die im Bezirk Gäu wohnen.

Zu einem langlebigen politischen Faktor werden die *Grünen*, deren einer «Vorläufer», ein Progressiver, 1973 für acht Jahre im Rat Einsitz nahm, die 1984 vier Mandate gewannen und nun *ihre Abordnung* – vor allem dort, wo auch die AP stark ist – *mehr als verdoppeln* konnten. Die verschiedenen grünen Listen vereinigten 4561 (2675) Stimmen auf sich. Aufsehen erregt namentlich der doppelte Mandatgewinn in der Stadt Solothurn zulasten der FDP, der die Absenz übenden oder in Scharen zur AP überlaufenden Wähler eine schlimme Niederlage bereiteten – wobei sich der Mandatverlust, weil auch CVP und SP Rückschläge erlitten, aus Proporzgründen nicht zugunsten der AP, sondern der Grünen auswirkte. Diese haben ausserdem ihre Vertretung in Lebern und im Wasseramt verstärkt, in Olten die beiden Sitze gehalten und im Bezirk Dorneck das von Gösgen «übernommene» zusätzliche Mandat geholt.

Solide Mehrheit für Regierungsparteien

Mit der Neuwahl für die Legislaturperiode 1989/93 ist der Solothurner Kantonsrat zu 43% erneuert worden; 82 bisherigen Ratsmitgliedern stehen 62 (56 Wiederwahlverzichte, 6 Nichtwiederwahlen) neue gegenüber. Das ist die grösste Zahl, die je zu verzeichnen war. Früher hatte sich die Rücktrittsquote zwischen 25 und 35% bewegt. Die Frauen konnten ihre Vertretung leicht von 14 auf 16 (SP 6, FDP und CVP je vier, Grüne zwei) steigern.

Nach wie vor verfügen die an der Regierung beteiligten Parteien *über 128 oder 89% aller Sitze*. Dennoch sind die Linksparteien insgesamt gestärkt worden, denn SP und Grüne zeigen in der Regel ein identisches Stimmverhalten, während die CVP, die einen starken «sozialen» Flügel hat, vielfach laviert und bei Wahlen nur dann auf bürgerliche Zusammenarbeit Wert legt, wenn es mit freisinniger Hilfe die eigene Position zu halten gilt – das dürfte bei der nächsten Regierungsratsersatzwahl der Fall sein, wenn die SP den vor vier Jahren an die CVP verlorenen Sitz zurückholen will.

Bestätigung der Regierungsräte

Die fünf Solothurner Regierungsräte wurden mit geringen Stimmendifferenzen für vier Jahre bestätigt. Bei einem absoluten Mehr von 42 130 erreichten sie die folgenden Resultate: Volkswirtschaftsdirektor *Max Egger* (CVP) 73 042, Erziehungsdirektor *Fritz Schneider* (FDP) 71 796, Bau- und Landwirtschaftsdirektorin *Cornelia Füeg* (FDP) 70 483, Sanitäts- und Polizeidirektor *Rolf Ritschard* (SP) 69 719 und Finanzdirektor *Alfred Rötheli* (CVP) 69 142 Stimmen. Rötheli, bisher regelmässig an der Spitze placiert, bekam die Auswirkungen der zweimaligen Steuergesetzrevision zu spüren, Frau Füeg wurde lediglich im Schwarzbubenland – der Heimat ihres Konkurrenten von 1987, Willy Pfund – auf den letzten Platz gesetzt.

* * *

Der Solothurner Kantonsrat verfügt für die Legislaturperiode 1985/89 über einen *unbestrittenen Leistungsausweis*. Von 33 Sachvorlagen, die dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wurden, fanden lediglich drei keine Mehrheit. Dass das Volk ihn nun in seiner parteipolitischen Zusammensetzung derart kräftig veränderte, ist im Lichte der als günstig beurteilten Voraussetzungen und der bisherigen Stabilität eine Überraschung. Der Protest richtete sich dabei in erster Linie gegen die wähler- und mandatmässig stärkste Partei, die FDP, der die *Kumulierung ungünstiger Faktoren* eine empfindliche Niederlage bereitete. Die Partei leistete sich in den letzten Jahren vor den Augen einer für solche Vorgänge empfänglichen Öffentlichkeit den Luxus einer *innerparteilichen Auseinandersetzung*, die Kräfte absorbierte; auf Bezirksebene wurde die Erneuerung verpasst, nur zögernd vorgenommen, und gelegentlich bot die in verschiedene Richtungen ziehende Kantonsratsfraktion ein wenig erhebendes Bild.

Die weitgehende Absenz der Medien im Wahlkampf, das Fehlen kontradiktorischer Auseinandersetzungen mit dem Ziel, der auf Stimmungsmache angelegten Schlagwortpolitik namentlich der Autopartei nicht unnötige Publizität zu verschaffen, zahlte sich nicht aus. *Die FDP wähnte sich zu lange in Sicherheit*, und die eigenen Veranstaltungen bestätigten den Eindruck der Geschlossenheit. Sie wird sich in den nächsten Jahren von Grund auf erneuern müssen; dass sie dazu fähig ist und dafür über die nötigen personellen Mittel verfügt, hat sie schon mehrfach bewiesen.

Kündigung und Kündigungs-Schutz im Arbeitsvertrag

Ein Merkblatt

Bern, 1. Mai. (sda) Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen sich leicht und einfach über die Kündigung und den Kündigungsschutz im Arbeitsrecht informieren können. Zu diesem Zweck haben das *Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga)* und das *Bundesamt für Justiz (BJ)* ein Merkblatt herausgegeben, das die auf Anfang 1989 geänderten Bestimmungen des Obligationenrechts aufführt und erläutert. Das in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältliche Merkblatt kann kostenlos bei der *Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ) in Bern* bezogen werden.



Den Auftakt zur Landsgemeinde in Hundwil bildete wie immer der Einzug der Regierung in den Ring. (Bild key)

Ausserrhoder Landsgemeinde künftig mit Frauen

Ja zu allen Vorlagen in Hundwil

In Hundwil hat am Sonntag die letzte Ausserrhoder Männerlandsgemeinde stattgefunden. Ab 1990 werden auch die Frauen zugelassen sein, und bis spätestens 1993 ist über den Fortbestand der Landsgemeinde als Institution zu befinden. Dies beschloss die ausserordentlich gut besuchte Versammlung mit Stimmenanteilen von je etwa vier zu drei. Die übrigen Vorlagen wurden ebenfalls angenommen. Der Sozialdemokrat Werner Niederer zieht neu in die Regierung ein.

stb. Hundwil, 30. April

Gut 15 000 kantonale Stimmberechtigte zählte Appenzell Ausserrhoden bisher. Von ihnen nahmen – ein Rekord zumindest für die neuere Zeit – rund 40 Prozent an der historischen Hundwiler Landsgemeinde teil. Und ihr relativ knappes, doch offensichtliches Ja zum Frauenstimmrecht bedeutet, dass sich jene Zahl nun ab sofort auf über 32 000 verdoppelt. *Bereits am 4. Juni* werden die Ausserrhoderinnen bei den Kantonsratswahlen das aktive und das passive Wahlrecht haben; gleiches wird 1991 erstmals auch bezüglich der Ständeratswahlen gelten. In beiden Fällen handelt es sich um Urnenwahlen, von denen die Frauen bisher ebenso ausgeschlossen waren wie von der Landsgemeinde. Mit dem Entscheid vom Sonntag erfährt Ausserrhoden somit die gründlichste demokratische Erneuerung seit 1876, als unter anderem das Initiativrecht in der heutigen Form geregelt, das Rederecht an der Landsgemeinde abgeschafft und das Stimmrechtsalter von 18 auf 20 Jahre heraufgesetzt wurde.

«Ein grundlegendes Recht»

Der grosse Aufmarsch nicht allein von Landsgemeindemannen, sondern dazu von Schaulustigen und Medienvertretern aus dem In- und Ausland zeigte schon früh an diesem kühlen Sonntagmorgen, dass in Hundwil eine Versammlung mit (so oder so) weittragenden Konsequenzen stattfinden würde. Auch *Landammann Hans Ueli Hohl* stellte in seiner Eröffnungsansprache grössere Zusammenhänge her. Er erinnerte vorerst an die Bewährungsprobe der Schweiz, die vor 50 Jahren mit dem Kriegsausbruch begann, sowie an die humanitäre Verpflichtung unseres Landes, die ihren Ausdruck in der Rotkreuzidee und in Solidarität mit Schwächeren finde. Was das Frauenstimmrecht angehe, so wisse er – Hohl – durchaus «um das Traditionsbewusstsein, die Liebe zu unserer vertrauten, feierlichen Landsgemeinde in ihrer bisherigen Form. Auch mir fällt es nicht leicht, Änderungen in Kauf zu nehmen. Heute geht es aber in allererster Linie um die Gewährung eines grundlegenden Rechtes. Und da müssen hergebrachte Formen, denen auch ich mich sehr verbunden fühle, zurückstehen.»

Etwas überraschend hiess dann die Versammlung bereits im ersten Ausmehren die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen gut, wonach das Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene einzuführen und innert vier Jahren über Beibehaltung oder Abschaffung der Landsgemeinde zu entscheiden sei. Die Bekanntgabe des Hauptergebnisses wurde mit Jubel innerhalb und ausserhalb des Rings quittiert. Zugleich bewiesen die Unterlegenen fast durchwegs bemerkenswerte, angesichts der hochgehenden Leidenschaften nicht selbstverständliche Gelassenheit. Ihren Unmut hatten viele von ihnen schon zuvor deutlich gemacht, als sie Regierungsrat Hans Höhener bloss mit einem mageren Resultat in seinem Amt bestätigten. Selbst der neu in die Regierung gewählte *Oberrichter Werner Niederer* (SP, im Gericht ersetzt durch den 40jährigen Sigmund Forster, beide Herisau) erhielt weitaus mehr Stimmen als Höhener, dem zweifellos ein «Denkzettel» für das engagierte Vorbereiten und Vertreten des Frauenstimmrechtsgeschäfts verpasst werden sollte.

Bedürfnisklausel aufgehoben

Die übrigen fünf Vorlagen, darunter drei Gesetze, fanden klare Zustimmung. Mit dem totalrevidierten *Gastwirtschaftsgesetz* wird insbesondere die sogenannte Bedürfnisklausel aufgehoben. Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die *Betäubungsmittel* bringt eine Kantonalisierung der Drogenberatung. Im Gesetz über die *Entschädigung der Regierungsräte* werden die Magistratenlöhne neu auf 90 000 Franken erhöht. Ja sagten die Ausserrhoder schliesslich zur *Staatsrechnung 1988* und zu einem Kredit von 4,15 Millionen Franken für die *Korrektion einer Staatsstrasse* in Herisau.

Die Liste der *offiziellen Ehrengäste* wurde angeführt von Bundesrat Arnold Koller, der sich – wie praktisch alle politischen Beobachter und erst recht die kantonalen Verantwortlichen – erfreut und erleichtert über die Lösung der Frauenstimmrechtsfrage zeigte. Weitere Gäste waren die Regierungsräte des Kantons Zug, Korpskommandant Rolf Binder, Ausbildungschef der Armee, Botschafter Alfred Hohl, Schweizer Vertreter in Bonn, sowie Professor Beat Roos, Direktor des Bundesamtes für Gesundheitswesen.

*

Im fünften Anlauf seit 1972 haben die Ausserrhoder mit ihrem Ja zur vollen politischen Gleichberechtigung der Frauen Einsicht, Reife und die Fähigkeit zur Anpassung an neue Gegebenheiten bewiesen. Gewiss: *Der äussere Druck* möglicher «Ersatzvornahmen» durch den Bundesgesetzgeber oder das Bundesgericht tat ebenfalls seine Wirkung. Ausschlaggebend war jedoch die *Bewegung von innen her*, war in erster Linie die Erkenntnis, dass bei einer erneuten Verwerfung nur noch ein einziger würdiger Weg – der Abschied von der Landsgemeinde als staatsprägender Einrichtung – offen geblieben wäre. Insofern ist es kein Zufall, dass die wichtigsten Wegbereiter der jetzt gutgeheissenen Vorlage ein Bundesparlamentarier (Ständerat Otto Schoch) und ein der Kultur, dem Brauchtum, den Traditionen, dem kämpferisch-«gwehrigen» Geist des Appenzellerlandes zutiefst verpflichteter Landammann waren (der heutige Regierungsrat Hans Höhener).

Die Blicke gehen nun natürlich hinüber nach *Innerrhoden*, wo Versuche zur Einführung des integralen Frauenstimmrechts 1973 und 1982 gescheitert waren. Seither konnte es sich der kleinere der beiden Appenzeller Halbkantone leisten, die Entwicklung auf eidgenössischer und auf ausserrhodischer Ebene gleichsam im Wartestand zu verfolgen. Damit ist es jetzt vorbei. Noch dieses Jahr wird sich die Regierung – sofern sie nicht von sich aus aktiv werden will – vermutlich mit Frauenstimmrechtsvorstössen aus dem Grossen Rat, von einzelnen Bürgern oder politischen Gruppierungen zu befassen haben. Über deren Erfolgsaussichten sei hier nicht spekuliert. Sicher ist allerdings, dass Innerrhoden in machen Belangen günstigere Voraussetzungen für die Frauenzulassung bietet als Ausserrhoden. Weder stellt sich in Appenzell ernsthaft die Frage nach dem Schicksal der Landsgemeinde, noch bestehen Zweifel an der räumlichen Aufnahmekapazität des Landsgemeindeplatzes.

Wenig Reibungen in Innerrhoden

Alle Landsgemeindevorlagen angenommen

C. W. Appenzell, 30. April

An der Landsgemeinde in Appenzell sind alle Vorlagen gutgeheissen worden, mit knappem Mehr auch der umstrittene Kredit für den Bau eines *Werkhofes*. Landammann *Carlo Schmid*,